

CO Daniela GMEINBAUER

16. Juni 2016

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

unterstützt durch die im Gemeinderat vertretenen

Klubs von

Betreff: 7 Punkte für Transparenz und Fairness bei Wahlkämpfen

Wir erleben zurzeit ein massives Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die Tonalität in Internetforen ist immer öfter jenseits der Grenze, die unter Meinungsfreiheit verstanden wird, denn diese geht von grundsätzlichen Werten wie Respekt und Wertschätzung des Mitmenschen aus.

Auch seitens der Politik nivelliert sich die Kommunikationskultur leider nach unten. Der politische Diskurs bleibt häufig auf einer Schwarz/Weiß-Ebene und jene, die diesen Diskurs transportieren, passen sich dieser Kommunikationsform an.

Daher sind auch die Wahlkämpfe zunehmend zu Materialschlachten statt zu inhaltlichen Auseinandersetzungen geworden. In Wahlkampfzeiten potenzieren sich diese Faktoren noch und das Bild, das den Bürgerinnen und Bürgern geboten wird, ist dann oftmals keine gute Werbung für die Demokratie.

Daher schlägt die Grazer Volkspartei vor, dass wir uns als Grazer Parteien zu einem Transparenz- und Fairnessabkommen bekennen und dieses zeitgerecht für den Gemeinderatswahlkampf beschließen.

Dieses Abkommen soll folgende 7 Punkte enthalten:

1. Wir haben in Graz seit zwei Wahlkämpfen ein Fairnessabkommen, das vom Menschenrechtsbeirat überprüft wird. Dieses soll auch für den nächsten Wahlkampf beschlossen werden.
2. Bei der nächsten Wahl wird ein Limit für die Wahlkampfkosten im Rahmen einer Parteienvereinbarung festgelegt und im Gemeinderat beschlossen.
3. Alle Spenden an die Parteien werden offengelegt.
4. Alle Agenturverträge der Parteien werden offengelegt.
5. Die Kosten der Werbeeinschaltungen der Parteien in den diversen Medien werden offen gelegt.
6. Die Menge der Plakatflächen und Dreieckständer wird im Rahmen einer Parteienvereinbarung beschränkt, zusätzliche 18 bzw. 24 Bogen Plakatflächen werden nicht mehr genehmigt.
7. Die Überprüfung der Einhaltung der Parteienvereinbarung zur Wahl soll durch den Grazer Stadtrechnungshof erfolgen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat beauftragt die Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Parteien im Rahmen der Klubobleutekonferenz unter Einbeziehung der Magistratsdirektion eine Parteienvereinbarung zu Transparenz und Fairness auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung in der Oktobersitzung vorzulegen.